



Manchmal genügt ein einziger Satz, um eine ganze Republik gleichsam aus dem Schlaf zu reißen. *On manque un peu de transparence en France.* Ein bisschen Transparenz fehle – als hätte jemand beiläufig bemerkt, dass das Dach tropft, während das Wohnzimmer bereits unter Wasser steht.

Die Diskussion um die Spesen mancher Bürgermeister brennt sich tief ins öffentliche Bewusstsein Frankreichs. Sie trifft einen Nerv, der längst wund liegt: das Gefühl, von jenen, die man gewählt hat, mit höflichen Formeln abgespeist zu werden, während hinter verschlossenen Türen Rechnungen unterschrieben werden, die im Alltag der Menschen nie vorkommen. 42.000 Euro pro Jahr in Chartres, ohne einen einzigen Beleg – ein Betrag, der sich seit 2014 zu einer Summe auftürmt, die für viele Bürger nach einem Lottogewinn klingt. Und wenn man fragt, wohin das Geld fließt, heißt es: Der Bürgermeister *muss* nichts erklären. Die Gesetzeslage erlaube es. Punkt.

Seltsam, wie oft das Legalistische den moralischen Kompass ersetzt. Manch einer zuckt die Schultern – „Man kriegt nichts ohne etwas zu investieren“ –, andere hingegen spüren die Wut im Bauch aufsteigen. Wut darüber, dass ausgerechnet jene, die am lautesten von Vertrauen sprechen, so wenig davon zurückgeben.

Es ist eine Wut, die nicht plump daherkommt.
Sie ist leise, schwer, sie hängt in der Luft wie vor einem Sommergewitter.

In Chartres verweist der Bürgermeister auf ein System, das seiner Darstellung nach vorbildlich organisiert sei. „Mutualisé, transparent“, sagt er. Nur die Transparenz muss man sich offenbar denken. Denn was nützt ein System, das vermeintlich klar strukturiert ist, wenn niemand Einblick erhält? Transparenz ohne Offenlegung – das klingt wie ein Restaurantbesuch, bei dem der Kellner schwört, das Essen sei köstlich, man es aber nicht sehen darf.

Die Debatte ist längst aus der Provinz hinausgewandert. Paris, Aix-en-Provence, Béziers – überall tauchen fragwürdige Ausgaben auf, mal Luxuskleider, mal künstliche Wimpern, mal regelmäßig wiederkehrende Reisen. Das alles passiert in einer Zeit, in der Bürger mit spitzen Fingern jede Stromrechnung öffnen, weil sie fürchten, dass der nächste Monat finanziell nicht mehr machbar ist. Währenddessen erklären manche Stadtoberhäupter, sie „hätten“ eine pauschale Spesenregelung – und damit sei alles gesagt.

Das sitzt. Es trifft Menschen, die tagtäglich überlegen, ob sie sich die zweite Packung Nudeln gönnen oder doch lieber sparen. Und dann hören sie, dass es „nicht nötig“ sei, Ausgaben zu rechtfertigen, weil ein Gremium irgendwann einmal zugestimmt habe.



Da fühlt man sich nicht nur abgeschrieben, sondern verarscht – excuse my French.

Was diese Affäre so explosiv macht, ist weniger der Betrag an sich, als das Muster. Das Gefühl, dass in Teilen der Lokalpolitik eine Haltung entstanden ist, die lautet: *Man gönnt sich ja sonst nichts*. Nur dass das „man“ in solchen Sätzen sehr selten die Bürger meint.

Antikorruptionsvereine drängen nun auf Regeln, Leitfäden, Veröffentlichungspflichten. Oppositionsparteien versuchen, Kontrolle einzufordern. Und mitten in diesem Kampf steht ein Begriff, der wie ein Mantra wiederholt wird: Vorbildlichkeit. Die Bürger wollen sie, die Politik verspricht sie – und zu oft endet sie als hübsche Formulierung in Wahlbroschüren.

Doch eines zeigt die Aufregung deutlich: Die Geduld der Bürger bröckelt. Nicht dramatisch, nicht theatralisch, sondern in feinen, unüberhörbaren Rissen.

Denn der Vorwurf lautet längst nicht nur Missbrauch. Er lautet Entfremdung. Der Bürgermeister im Designerhemd, während die Stadt um Einsparungen ringt – das ist kein Skandal, es ist eine Erzählung. Und Erzählungen prägen Wahlentscheidungen stärker als jede Bilanz.

Jeder Bürgermeister, jede Bürgermeisterin, der oder die jetzt glaubt, man könne die Sache aussitzen, unterschätzt die Symbolkraft der Spesenfrage. In Wahlkämpfen zählen nicht Paragrafen, sondern Gefühle. Das Gefühl, dass jemand ehrlich ist. Das Gefühl, dass jemand versteht, wie es einem geht. Oder eben das Gefühl, dass jemand im Rathaus ein Leben führt, dessen Realität mit der eigenen nichts mehr zu tun hat.

Wenn Bürger sagen, sie wünschten sich einfach „Belege“, dann verlangen sie nichts Großes. Sie verlangen Respekt.

Respekt dafür, dass das Geld nicht aus dem Nichts kommt, sondern aus ihren Taschen, Monat für Monat. Und sie verlangen das Mindeste: eine Erklärung. Kein Roman. Eine Rechnung reicht.

Vor den Kommunalwahlen 2026 kündigt sich darum bereits ab, worum es wirklich geht. Nicht um die Höhe einer Pauschale. Nicht um einzelne Quittungen. Sondern um Glaubwürdigkeit.

Wer diese verspielt, verliert nicht nur Wahlen.
Er verliert das Fundament, auf dem lokale Demokratie ruht: Vertrauen.

Die Spesenaffäre ist kein Provinzskandal. Sie ist ein Brennglas. Und vielleicht auch eine Warnung – eine, die man nicht überhören sollte, wenn man weiterhin im Rathaus sitzen



Kommentar: Die stille Wut auf die Bürgermeister

möchte.

Ein Kommentar von Daniel Ivers